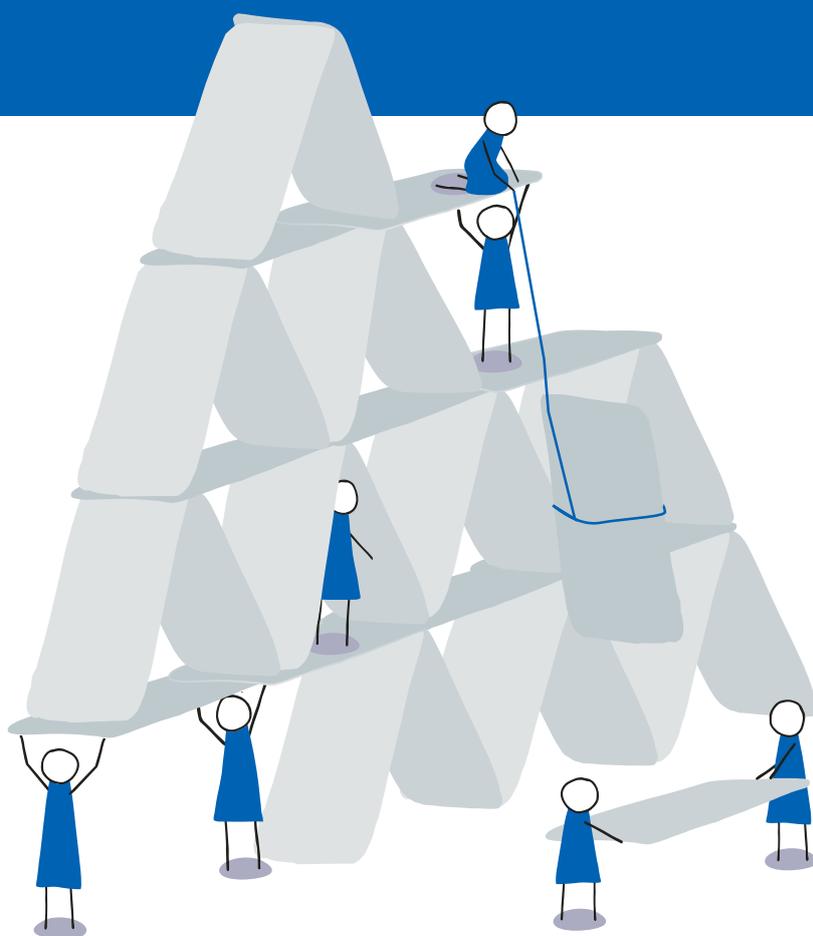


---

# Warum braucht es Entwicklungs- zusammenarbeit und humanitäre Hilfe?

Fakten und Zahlen im Überblick



**Eine Initiative mehrerer Entwicklungsorganisationen:**

Die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung, Gesunde Erde Gesunde Menschen, Global Citizen,  
ONE Deutschland, Oxfam Deutschland, Save the Children, SEEK Development, Die Welthungerhilfe

**Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe fördern nachhaltige Entwicklung weltweit, unterstützen Menschen in Krisensituationen und stärken Deutschlands Rolle als verlässlicher Partner im internationalen System.**

**Autorinnen:**

Dorothee Bargstädt, SEEK Development

Clara Brettfeld, SEEK Development

Susanne Grönsfeld, Save the Children

Justyna Szambelan, Welthungerhilfe

**Eine Initiative mehrerer Entwicklungsorganisationen:**



**GLOBAL  
CITIZEN**



**In diesem Jahr feiert Deutschland ein Jubiläum: 50 Jahre in den Vereinten Nationen.** Gleichzeitig markiert das Jahr 2023 die Halbzeit der Agenda 2030, zu der sich Deutschland zusammen mit anderen Staaten im Jahr 2015 verpflichtet hat. Die 17 globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) sollen weltweit ein menschenwürdiges Leben ermöglichen und gleichzeitig den Erhalt natürlicher Lebensgrundlagen gewährleisten. Diese Ziele reichen von der Ernährungssicherung über die Geschlechtergleichstellung bis zur Förderung globaler Partnerschaften.

**Im Verlauf der letzten Jahrzehnte hat die Kooperation der internationalen Gemeinschaft im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit zu bedeutenden Fortschritten in zentralen Lebensbereichen zahlreicher Menschen beigetragen.** So ist die Anzahl derer, die in extremer Armut leben, in den vergangenen 30 Jahren um über zwei Drittel zurückgegangen<sup>1</sup>. Zwischen 1990 und 2020 hat sich die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren mehr als halbiert – etwa durch eine gestiegene Verfügbarkeit von Impfstoffen und die verbesserte Ernährungssituation von Kindern und Eltern. Und auch der Zugang zu sauberen Sanitäranlagen und Trinkwasser spielt eine Rolle<sup>2</sup>: Während im Jahr 2000 nur 62 % der Menschen weltweit Zugang zu sauberem Trinkwasser hatten, waren es 2020 bereits knapp drei Viertel der Weltbevölkerung<sup>3</sup>.

**Trotz der Fortschritte in einigen Bereichen sind Deutschland und die internationale Staatengemeinschaft zur Halbzeit der Agenda 2030 noch weit davon entfernt, ihre selbstgesteckten Ziele zu erreichen.** Die vergangenen Jahre waren von multiplen Krisen geprägt, die die Welt auf dem Weg zu globaler Nachhaltigkeit zurückgeworfen haben. Dazu zählen Konflikte, die Covid-19-Pandemie und die Klimakrise. Nach einem jahrzehntelangen konstanten Rückgang der von Armut betroffenen Menschen ist die Zahl in den Jahren der COVID-19-Pandemie erstmals wieder gestiegen<sup>4</sup>. Durch die multiplen Krisen haben Lebensmittelpreise im vergangenen Jahr ihren Höchststand der letzten 30 Jahre erreicht<sup>5</sup> und die Zahl der unterernährten Menschen ist zwischen 2019 und 2022 stark angewachsen<sup>6</sup>. Zudem gibt es mehr klimawandelbedingte Extremwetterereignisse: Sie sind von weniger als 50 im Kalenderjahr 1950 auf 300 bis 500 jährlich seit 2000 gestiegen<sup>7</sup>. Angesichts dessen findet der aktuelle Entwurf des Globalen Nachhaltigkeitsberichts der Vereinten Nationen zur Halbzeit der Agenda

2030 klare Worte: Wenn wir die Realisierung der SDGs im aktuellen Tempo vorantreiben, werden wir sie voraussichtlich weder bis 2030 noch bis 2050 erreichen. Ein schnelleres Vorankommen erfordert eine aktive Mobilisierung und gesteigerte Ambition der politischen Führung sowie die Einbindung gesellschaftlicher Akteure<sup>8</sup>.

**Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, mit anderen Ländern zusammenzuarbeiten.** Um nachhaltige Entwicklung und Wirtschaftswachstum global zu unterstützen, hat sich Deutschland gemeinsam mit anderen Industriestaaten bereits 1970 dem Ziel der Vereinten Nationen verschrieben, 0,7 Prozent seines Bruttonationaleinkommens (BNE) in Entwicklungszusammenarbeit zu investieren. Davon sollen 0,2 Prozent des BNE in Niedrigeinkommensländern eingesetzt werden. Zusätzlich hat Deutschland sich Ziele für einige zentrale Wirkungsfelder der internationalen Zusammenarbeit gesetzt. Ein Beispiel ist die Zusage, bis 2025 mindestens sechs Milliarden Euro jährlich in die Klimafinanzierung zu investieren. Außerdem möchte die Bundesregierung mit der feministischen Außen- und Entwicklungspolitik die Rechte, Repräsentanz und Ressourcenausstattung von Mädchen, Frauen und marginalisierten Gruppen stärken. Und: Soziale Sicherungssysteme sollen ausgebaut werden, um die Resilienz der Menschen langfristig zu stärken. Daher hat Deutschland im Rahmen der G7 zugesichert, bis 2025 über eine Milliarde Menschen auf diese Weise zu unterstützen. Angesichts globaler Krisen und Konflikte ist nicht zuletzt auch die Zusage aus dem Koalitionsvertrag zur bedarfsgerechten und erhöhten Finanzierung humanitärer Hilfe von zentraler Bedeutung. Als zweitgrößter humanitärer Geber und Vorreiter in innovativen Ansätzen wie der vorausschauenden humanitären Hilfe bekleidet Deutschland dahingehend eine wichtige Rolle.

## Deutschlands Rolle als verlässlicher globaler Partner steht auf dem Spiel

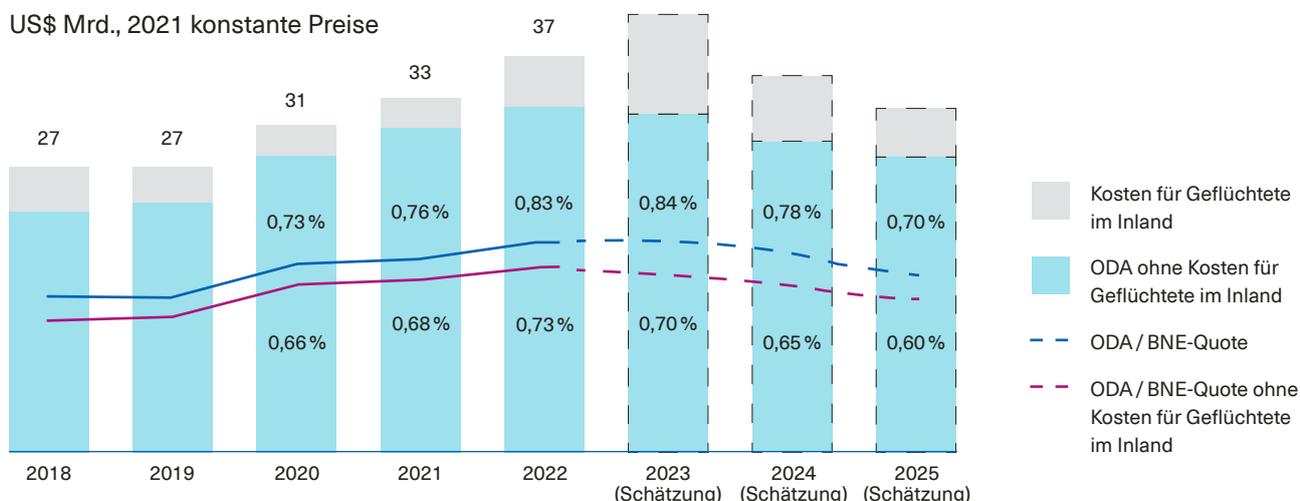
**Deutschland hat eine tragende Rolle in der internationalen Zusammenarbeit.** Im Vergleich zwischen den Mitgliedsländern des Entwicklungsausschusses der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD DAC) hat Deutschland im Jahr 2022 mit 35 Milliarden US-Dollar (33,3 Mrd. Euro, laufende Preise, konstante Preise 37,3 Mrd. US-Dollar) den zweitgrößten Beitrag geleistet – das ist eine sehr große und beachtenswerte Leistung. Setzt man die Entwicklungsfinanzierung

in Relation zu dem jeweiligen Bruttonationaleinkommen, landet Deutschland nach Luxemburg, Schweden und Norwegen auf Platz vier. Ähnlich wie in anderen Ländern sind auch in Deutschland die Ausgaben für humanitäre Hilfe im Jahr 2022 angestiegen (Bundeshaushalt 2021 und 2022). Dies ging einher mit rapide steigenden Bedarfen, ausgelöst unter anderem durch die Krisen in der Ukraine, Afghanistan und am Horn von Afrika. Doch die Mittel reichen nicht aus<sup>9</sup>. Außerdem gilt es zu berücksichtigen, dass ein beachtlicher Teil der Mittel, die als offizielle Entwicklungsfinanzierung (ODA) gezählt werden, nicht in den Partnerländern ankommt, sondern für Kosten für Geflüchtete im Inland oder Stipendien ausländischer Studierender in Deutschland aufgewendet wird. Zuletzt sind die anrechenbaren Kosten für Geflüchtete in Deutschland infolge des Krieges in der Ukraine weiter gestiegen; diese allein machten im Jahr 2022 bereits 13 Prozent der gesamten deutschen ODA aus. Klammert man die Kosten für Geflüchtete im Inland aus, sind die offiziellen Entwicklungsgelder in zwölf der OECD-Geberländer im vergangenen Jahr gesunken. Mit Blick auf die mittelfristige Finanzplanung des Bundesfinanzministeriums und basierend auf offiziellen Schätzungen zur Entwicklung der Einwanderungsdynamiken ist davon auszugehen, dass der Anteil der deutschen offiziellen Entwicklungsfinanzierung, der in langfristige Projekte weltweit investiert wird, in den kommenden Jahren sinkt. Auch droht die deutsche ODA-Quote ohne Berücksichtigung der Kosten für Geflüchtete im Inland unter die Zielmarke von 0,7 Prozent zu fallen<sup>10</sup>.

**Obwohl die Entwicklungsfinanzierung insgesamt gestiegen ist, besteht in vielen Kontexten noch Luft nach oben, um Deutschlands Ziele in den Bereichen Klima, Geschlechtergerechtigkeit, humanitäre Hilfe und soziale Sicherung zu erreichen.** Deutschland investiert im OECD-Vergleich bereits einen überdurchschnittlich hohen Anteil der Entwicklungsmittel in Klimafinanzierung<sup>11</sup>. Gleichzeitig wurden im Bundeshaushalt 2023 nur schätzungsweise 4,3 Milliarden Euro für die internationale Klimafinanzierung veranschlagt<sup>12</sup>. Bis 2025 müssten demnach mindestens 1,7 Milliarden Euro für die Klimafinanzierung hinzukommen, um die Zielsetzung von sechs Milliarden Euro zu erfüllen. Da durch den Mehrbedarf Kürzungen in anderen Bereichen drohen, sollten die Investitionen in die Eindämmung des Klimawandels und dessen verheerende Folgen zusätzlich zu langfristig angelegten Entwicklungsprojekten erfolgen. Und: Auch eine feministische Außen- und Entwicklungspolitik braucht einen konkreten Finanzierungsplan, um nachhaltig umgesetzt werden zu können. Bisher bleibt Deutschlands Anteil an Projekten mit Geschlechtergerechtigkeit als Hauptziel mit zwei Prozent jedoch weit unter dem Durchschnitt der Geberländer des OECD DAC<sup>13</sup>.

### Gesamte deutsche ODA, 2018–2025

US\$ Mrd., 2021 konstante Preise



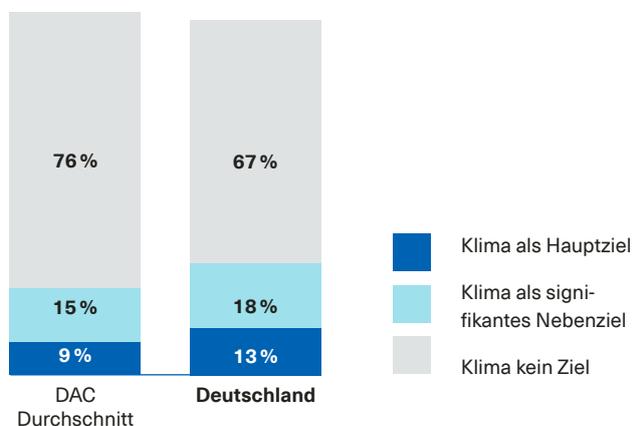
Quelle 2018-2022: OECD (2023) DAC1, grant equivalents, konstante Preise 2021; Quelle 2023-2025: ODA-Schätzungen basierend auf dem Bundeshaushalt 2023, dem Kabinettsentwurf des Bundeshaushalts 2024 und der Mittelfristigen Finanzplanung des Bundesfinanzministeriums, Schätzungen der Kosten für Geflüchtete im Inland basieren auf dem Ukraine ODA Tracker von ONE Campaign und SEEK Development

Die für 2024 vorgesehenen Kürzungen in den Haushalten des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und des Auswärtigen Amtes (AA) gefährden die Erreichung der selbstgesteckten Ziele und senden überdies ein negatives Signal an internationale Partner. Diese Leuchtturmfunktion, die sich Deutschland durch sein stetiges Engagement über die Jahre erarbeitet hat, könnte hierdurch aufs Spiel gesetzt werden. Das könnte einen negativen Kaskadeneffekt für das gesamte System der internationalen Zusammenarbeit auslösen. Über eine Milliarde Euro weniger plant die Regierung im Jahr 2024 für die im AA angesiedelte humanitäre Hilfe auszugeben. Um die Dimension zu verdeutlichen: Das ist mehr als die gesamte humanitäre Hilfe, die Deutschland im Jahr 2021 im Nahen Osten und Nordafrika geleistet hat<sup>14</sup>. Ein Einschnitt dieser Größenordnung bedeutet einen nicht zu kompensierenden Einbruch im internationalen System der humanitären Hilfe. Für viele Menschen in Krisensituationen bleibt damit lebenswichtige Nothilfe aus. Am Beispiel eines Projektes der Welthungerhilfe in Niger kann aufgezeigt werden, welche Leistungen trotz Bedarf vielerorts nicht mehr erbracht würden: die Verteilung von Nahrungsmitteln und Hygieneartikeln, die Versorgung mit Trinkwasser und die Behandlung von akut unterernährten Kindern (Siehe S. 6).

Darüber hinaus sieht der Kabinettsentwurf für das BMZ für das kommende Jahr eine Kürzung der Finanzierung um 5,3 Prozent vor. Dies bedeutet in der Praxis eine Kürzung der Finanzierung langfristig angelegter Projekte, die vielen Menschen dabei helfen, ihr Leben frei gestalten zu können und ihren Kindern eine gute Zukunft zu ermöglichen. Ein Beispiel für ein solches langfristig angelegtes Projekt im Bereich der Übergangshilfe ist ein Vorhaben zur Unterstützung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Syrien, die von Konflikten und Vertreibungen betroffen sind. Setzt man auch die im BMZ geplanten Kürzungen zur Veranschaulichung der Größenordnung in Relation, wird deutlich, dass sie sogar etwas höher sind als Deutschlands gesamter Beitrag an das UNHCR im Jahr 2022<sup>15</sup>. Die Kürzungen drohen Deutschlands Verlässlichkeit gegenüber internationalen Partnern zu schwächen und üben eine Signalwirkung auf andere wichtige Geber aus. Denn: Die drei größten Geber sind die USA, Deutschland und die Institutionen der Europäischen Union. Gemeinsam finanzierten sie über die Hälfte der gesamten ODA im Jahr 2022. Wenn Deutschland – ähnlich wie das Vereinigte Königreich und Schweden – von seinem Finanzierungsziel für internationale Zusammenarbeit abrückt, bricht folglich ein wichtiger Anteil der internationalen Entwicklungsfinanzierung weg. Sollten weitere zentrale Geberländer diesem Beispiel folgen, hätte dies verheerende Auswirkungen auf die internationale Zusammenarbeit.

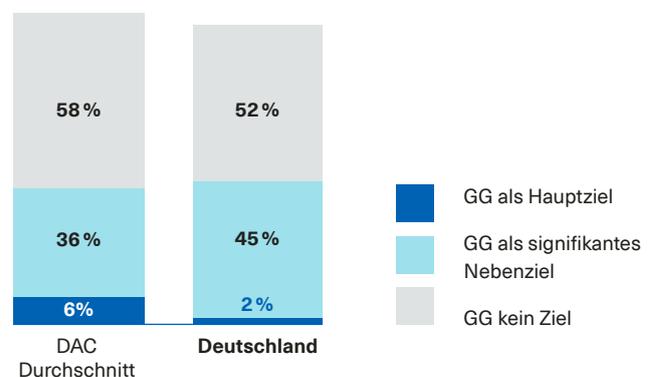
### Anteil der Klimafinanzierung

% der bilateralen ODA, 2021

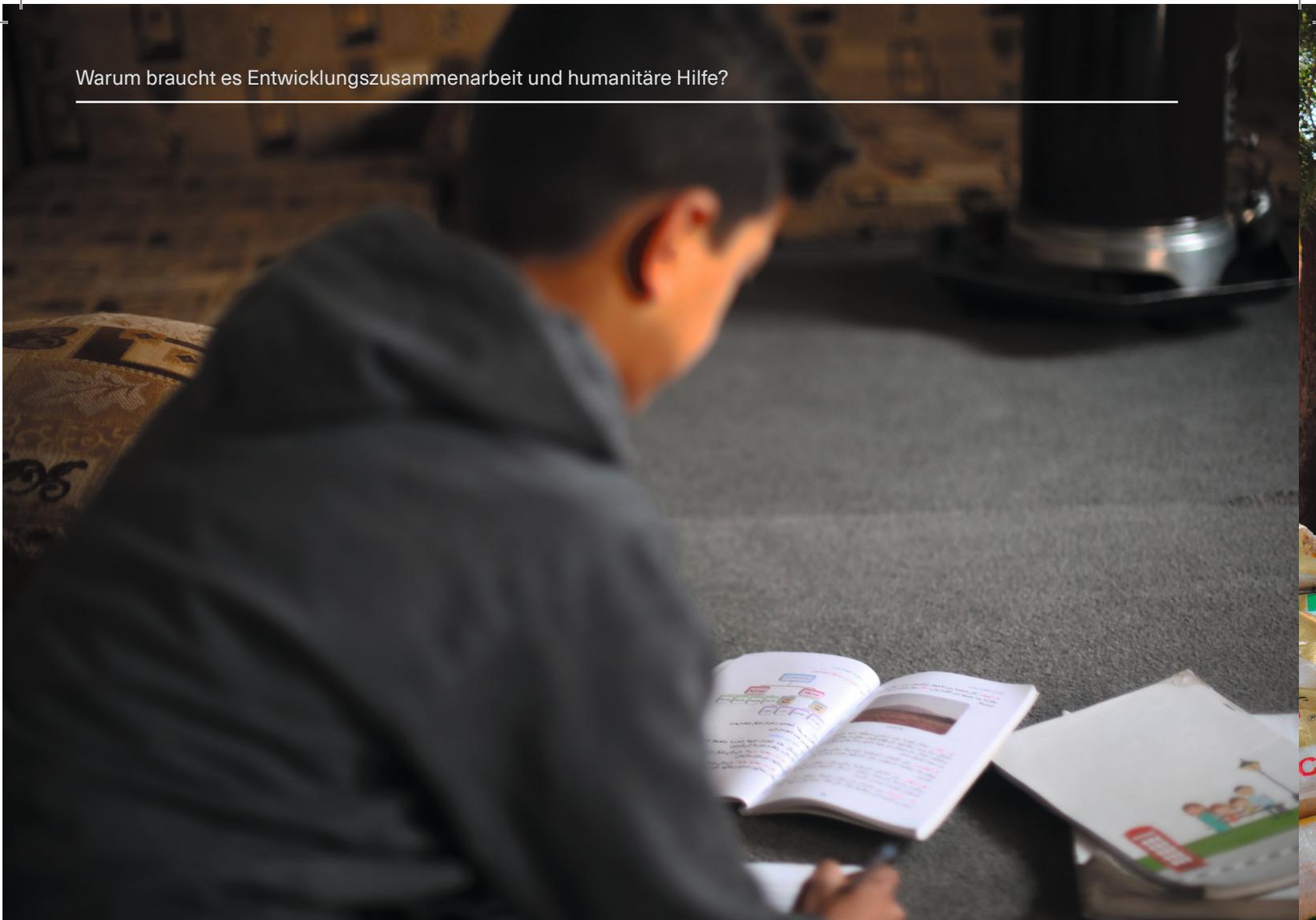


### Anteil der Finanzierung für Geschlechtergerechtigkeit (GG)

% der bilateralen ODA, 2021



Quelle: OECD (2023) [Creditor Reporting System \(CRS\)](#)



Malik, 12 © Sheyar Omer / Save the Children

### **Stärkung der Schutzrechte, Resilienz und Selbstbestimmung von Konflikt und Vertreibung betroffener Jugendlicher und junger Erwachsener in Nordost-Syrien**

Mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wird seit September 2021 ein Projekt von Save the Children in Zusammenarbeit mit zwei lokalen Partnern (DOZ und Ashti) in Syrien umgesetzt. Es schützt von Konflikt und Vertreibung betroffene Jugendliche und junge Erwachsene und stärkt ihre Resilienz und Selbstbestimmung.

In Syrien sind schätzungsweise 50 Prozent der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter arbeitslos; der Großteil von ihnen, rund 60 Prozent, sind Jugendliche oder junge Erwachsene. Dies ist ein Hauptgrund, warum immer mehr Haushalte in Nordost-Syrien ihren Grundbedarf nicht decken können. So kommt es vermehrt zu negativen Bewältigungsstrategien wie Kinderarbeit, Schulabbruch und Frühehen.

Durch das Projekt wird es Jugendlichen und jungen Erwachsenen ermöglicht, sich an berufsbildenden Zentren einzuschreiben und Kurse in z. B. Finanzwesen, Lesen, Schreiben und Rechnen und Sprachkompetenz zu besuchen. So erlangen sie Kompetenzen, die ihnen den Weg in die Lohnarbeit ebnen oder den Aufbau einer produktiven und menschenwürdigen selbständigen Tätigkeit.

**Bislang konnten durch das Projekt rund 4.700 Menschen unterstützt werden.**



Verteilung von Gutscheinen und Nahrungsmittel Kits an die von der Flut betroffenen Menschen. © Welthungerhilfe

## Soforthilfe und Zugang zu sauberem Wasser in Niger

Mit finanzieller Unterstützung des Auswärtigen Amtes setzt die Welthungerhilfe seit 2018 lebensrettende Nothilfe in Niger um. Die Situation für die Zivilbevölkerung wird in dem Land immer dramatischer. Schwere Dürreperioden gepaart mit Überschwemmungen treffen mit einer sich zuspitzenden Sicherheitslage zusammen. Seit dem jüngst erfolgten Putsch und den damit einhergehenden Sanktionen verschärft sich die bestehende Nahrungsmittelkrise im Land. Gemäß den Schätzungen von März 2023 – also vor der politischen Krise – sind rund 3,3 Millionen Menschen von Hunger betroffen und 4,3 Millionen dringend auf humanitäre Hilfe angewiesen.

Trotz der neuesten Ereignisse setzt die Welthungerhilfe die bereits laufende Nothilfe fort. So trägt aktuell ein Nothilfeprojekt in der Region Diffa, gekennzeichnet von Massenvertreibung durch nichtstaatliche bewaffnete Gruppen (u.a. Boko Haram) sowie verheerenden klimatischen Veränderungen wie die Verkleinerung des Tschadsees

um 90%, dazu bei, dass Flüchtlinge, Binnenvertriebene und vulnerable Familien dringend benötigte Nahrungsmittel und weitere Güter des alltäglichen Bedarfs erhalten. Dort, wo die lokale Wirtschaft noch funktioniert, bekommen die Menschen Bargeldhilfe – dieser Ansatz fördert den lokalen Wirtschaftskreislauf, ist kosteneffizient und ermöglicht den Begünstigten Selbstbestimmung. Kinder werden regelmäßig auf Unterernährung untersucht und mit Zusatznahrung behandelt. Durch die Verteilung von Saatgut konnte die Produktion gesteigert und somit der Nahrungsmittelbedarf der unterstützten Haushalte bislang für drei zusätzliche Monate (ggü. der Ausgangssituation) gedeckt werden. Zugang zu sauberem Trinkwasser und Bedingungen für grundlegende Hygiene werden gesichert durch den Bau oder die Rehabilitation von Wasserstellen, Latrinen und Handwaschanlagen. Auch Verteilung von Menstruations- und HygieneSETS werden im Rahmen des Projekts umgesetzt.

**Im ersten Projektjahr 2022 konnten durch das Projekt bereits über 17.000 Menschen unterstützt werden.**

## Endnoten

- 1 The World Bank (2023) Poverty and Inequality Platform
- 2 UNICEF (2023) Under-five mortality
- 3 The World Bank (2023) Atlas of Sustainable Development Goals 2023: 6 Clean Water & Sanitation
- 4 The World Bank (2023) Atlas of Sustainable Development Goals 2023: 1 No Poverty
- 5 The World Bank (2023) Atlas of Sustainable Development Goals 2023: 2 Zero Hunger; Lebensmittelpreise gemessen am Food Price Index der Food and Agriculture Organization (FAO)
- 6 Action Against Hunger (2023) World Hunger Facts
- 7 World Meteorological Organization (2021) Weather-related disasters increase over past 50 years, causing more damage but fewer deaths
- 8 United Nations (2023) Global Sustainability Report
- 9 Development Initiatives (2023) Global Humanitarian Assistance Report 2023
- 10 Quelle 2018-2022: OECD (2023) DAC1, grant equivalents, konstante Preise 2021; Quelle 2023-2025: ODA-Schätzungen basierend auf dem Bundeshaushalt 2023, dem Kabinettsentwurf des Bundeshaushalts 2024 und der Mittelfristigen Finanzplanung des Bundesfinanzministeriums, Schätzungen der Kosten für Geflüchtete im Inland basieren auf dem Ukraine ODA Tracker von ONE Campaign und SEEK Development
- 11 OECD (2023) Creditor Reporting System (CRS), Aid activities targeting Global Environmental Objectives
- 12 Deutsche Klimafinanzierung (2022) Klimafinanzierung im Bundeshaushalt 2023: Unfall oder absichtsvolle Missachtung?
- 13 OECD (2023) Creditor Reporting System (CRS), Aid activities targeting gender equality and womens empowerment
- 14 OECD (2023) Creditor Reporting System (CRS)
- 15 UNHCR (2023) Donor Ranking